

# Arbeitslosenversicherung

Wer unterliegt der Arbeitslosenversicherung?  
Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes etc.



[noe.arbeiterkammer.at](http://noe.arbeiterkammer.at)

**Autor der Broschüre:**

Mag. Reinhold Wipfel (Referat Sozialrecht und Sozialpolitik)

Aktualisiert im Jänner 2012

Die vorliegende Broschüre wurde nach bestem Wissen verfasst. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher Informationen übernommen werden. Die allgemeinen Informationen ersetzen im konkreten Einzelfall keine intensive rechtliche und persönliche Beratung.



## Vorwort

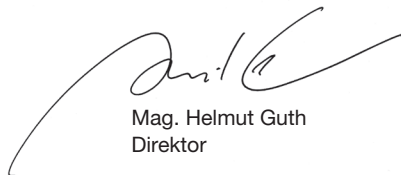
Arbeitslosigkeit und ihre Folgen können praktisch jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer treffen – sei es durch eigenen Jobverlust oder den eines Familienmitglieds. Das macht Arbeitslosigkeit zu einem der größten sozialen Probleme in unserer Gesellschaft. Umfragen zeigen, dass die NiederösterreicherInnen nichts mehr als den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten.

Gerade unter diesen Umständen zeigt sich, wie wichtig eine ausreichende Absicherung durch den Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe oder der Mindestsicherung ist.

Die vorliegende Broschüre soll allen Betroffenen und Interessierten die Möglichkeit bieten, sich die notwendigen Grundinformationen zu verschaffen. Für persönliche Beratungen stehen Ihnen die ExpertInnen der NÖ. Arbeiterkammer unter der Servicehotline 05 7171-1717 selbstverständlich gerne zur Verfügung.



Hermann Haneder  
Präsident



Mag. Helmut Guth  
Direktor



**INHALT**

|  |    |
|--|----|
| Wer unterliegt der Arbeitslosenversicherung                | 7  |
| Wer ist von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen       | 7  |
| Wie kommt es zu einem Anspruch auf Arbeitslosengeld        | 7  |
| Folgende Zeiten werden für den Anspruch angerechnet        | 10 |
| Die Rahmenfrist  | 10 |
| Die Höhe des Arbeitslosengeldes                            | 11 |
| Die Höhe des Familienzuschlages                            | 12 |
| Bedarfsorientierte Mindestsicherung                        | 12 |
| Anfall des Arbeitslosengeldes                              | 12 |
| Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes                     | 13 |
| Schulungsarbeitslosengeld                                  | 13 |
| Fortbezug des Arbeitslosengeldes                           | 13 |
| Ruhen des Arbeitslosengeldes                               | 13 |
| Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosengeld                 | 14 |
| Anrechnung von Einkommen aus vorübergehender Beschäftigung | 15 |
| Die Notstandshilfe   | 15 |
| Ausmaß der Notstandshilfe                                  | 15 |
| Kürzung der Notstandshilfe                                 | 17 |
| Notstandshilfe - Antrag/Fortbezug                          | 17 |
| Bedarfsorientierte Mindestsicherung                        | 17 |
| Kranken- und Pensionsversicherung des Arbeitslosen         | 17 |
| Bestätigung der Dienstgeber zur Antragsstellung            | 18 |
| Meldepflicht   | 18 |
| Ahndung von Missbräuchen in der Arbeitslosenversicherung   | 18 |
| Rückzahlung des Arbeitslosengeldes/Notstandshilfe          | 18 |
| Pensionsvorschuss  | 19 |
| Weiterbildungsgeld   | 19 |
| Übergangsgeld  | 20 |
| Altersteilzeit   | 21 |
| Exkurs: Bedarfsorientierte Mindestsicherung                | 23 |
| Tabelle über die Höhe des Arbeitslosengeldes               | 24 |



## Wer unterliegt der Arbeitslosenversicherung?

1. Dienstnehmer
2. Lehrlinge im letzten Lehrjahr (die Lehrzeit vorher wird ohne Versicherungsbeitrag angerechnet)
3. Freie Dienstnehmer ab 1.1.2008
4. Heimarbeiter
5. Turnusärzte, Juristen im Gerichtsjahr
6. Entwicklungshelfer etc.
7. Vertragsbedienstete während eines Verwaltungspraktikums
8. Zeitsoldaten mit Anspruch auf Bildungsfreistellung
9. Personen, die eine berufliche Rehabilitation nach dem ASVG absolvieren
10. Strafgefangene, die ihrer Arbeitspflicht nachkommen
11. Ab 1.1.2009 können sich selbstständig Erwerbstätige (GSVG Versicherte) freiwillig versichern.

## Wer ist von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen?

1. Schüler bis zur Beendigung der Schulpflicht
2. geringfügig beschäftigte Dienstnehmer und freie Dienstnehmer (bis zu einem Monatsverdienst von 376,26 Euro Stand 2012)
3. Freie Dienstnehmer bis zum 31.12.2007
4. unkündbar beschäftigte Dienstnehmer (Bundes- oder Landesbeamte)
5. Selbstständig Erwerbstätige (Ab 1.1.2009 Möglichkeit der Selbstversicherung)
6. Landwirte
7. Volontäre
8. Dienstnehmer ab dem Pensionsalter, jedenfalls ab dem 60. Lebensjahr (die Zeit wird ohne Versicherungsbeitrag angerechnet)

## Wie kommt es zu einem Anspruch auf Arbeitslosengeld?

### Notwendige Voraussetzungen

#### 1. die in der Person des Arbeitslosen liegen müssen

**1.2.** Der/die Arbeitslose muss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, d.h. er/sie muss in der Lage sein, eine Beschäftigung von mindestens 20 Stunden wöchentlich anzunehmen. Er/sie muss sich rechtmäßig zur Aufnahme einer Beschäftigung in Österreich aufhalten. Wer ein Kind unter 10 Jahren oder ein behindertes Kind betreut, muss dem Arbeitsmarkt mindestens 16 Stunden pro Woche zur Verfügung stehen.

**1.3.** Arbeitswilligkeit muss vorliegen, d.h. der/die Arbeitslose muss bereit sein

1.3.1 eine vom Arbeitsmarktservice angebotene, zumutbare Beschäftigung anzunehmen, oder

1.3.2 sich im Rahmen seiner Berufstätigkeit nach- oder umschulen zu lassen, oder

1.3.3 an einer Maßnahme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt teilzunehmen, oder

1.3.4 von einer sonst sich bietenden Arbeitsmöglichkeit Gebrauch zu machen und

1.3.5 auch von sich aus alle Anstrengungen zu unternehmen, eine Beschäftigung zu erlangen, soweit dies nach den persönlichen Fähigkeiten zumutbar ist (Die regionale Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice kann Nachweise darüber, z.B. Firmenbeschäftigungen, verlangen)

#### Zumutbar ist eine Beschäftigung,

- die den körperlichen Fähigkeiten des/der Arbeitslosen angemessen ist,
- seine/ihre Gesundheit und Sittlichkeit nicht gefährdet und
- angemessen entlohnt ist;
- auch müssen die gesetzlichen Betreuungspflichten eingehalten werden können.

**Verwendungsschutz:**

Nur noch in den ersten 100 Tagen des Bezugs von Arbeitslosengeld gilt der sog. Verwendungsschutz: Der/die Arbeitslose muss eine Beschäftigung außerhalb seines bisherigen Tätigkeitsbereichs nur dann annehmen, wenn dadurch eine künftige Verwendung im Beruf nicht wesentlich erschwert wird.

**Entgeltsschutz**

In den ersten 120 Tagen muss eine andere Tätigkeit als bisher oder eine Teilzeitbeschäftigung nur dann angenommen werden, wenn das Entgelt mindestens 80 Prozent der Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld beträgt.

Danach muss eine andere Tätigkeit als bisher oder eine Teilzeitbeschäftigung angenommen werden, wenn das Entgelt mindestens 75 Prozent der Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld beträgt.

**Hinweis**

Keinen Verwendungsschutz und auch keinen Entgeltsschutz gibt es für Bezieher von Notstandshilfe.

**Besonderer Entgeltsschutz für Teilzeitbeschäftigte**

Wer im Bemessungszeitraum mind. die Hälfte der Beschäftigung Teilzeit mit weniger als  $\frac{3}{4}$  der Normalarbeitszeit gearbeitet hat, muss eine andere Tätigkeit nur dann annehmen, wenn das Entgelt die Bemessungsgrundlage erreicht.

Dauer der Teilzeitbeschäftigung und Arbeitszeit müssen aber von dem/der Arbeitslosen nachgewiesen werden. (Wer falsche Angaben macht, verliert den Anspruch auf Arbeitslosengeld für 2 Wochen.)

**Wegzeiten für Pendler**

Die zumutbare Wegzeit (hin und zurück) beträgt jedenfalls 1  $\frac{1}{2}$  Stunden, bei Vollzeitbeschäftigung sind zwei Stunden tägliche Wegzeit jedenfalls zumutbar. Längere Wegzeiten sind nur zumutbar, wenn sie ortsüblich sind oder besonders günstige Arbeitsbedingungen geboten werden. Wochenpendeln bzw. Übersiedeln ist zumutbar, wenn am Arbeitsort eine entsprechende Unterkunft zur Verfügung steht.

**Betreuungsplan**

Seit 1.1.2005 muss das AMS für jede/n Arbeitslose/n einen Betreuungsplan erstellen. Darin wird einvernehmlich festgehalten, welche Schritte zur Beendigung der Arbeitslosigkeit gesetzt werden. Es muss auf die Qualifikation, die individuelle Lage des/der Arbeitslosen (z.B. Betreuungspflichten) und allfällige Schulungsmaßnahmen eingegangen werden.

Die Arbeitsvermittlung kann auch erfolgen, wenn der (die) Arbeitslose eine Wiedereinstellungszusage oder Einstellungsvereinbarung für die Zukunft hat. Wird wegen der zwischenzeitigen Vermittlung des Arbeitsmarktservice jene Beschäftigung nicht angetreten, für die eine Wiedereinstellung vereinbart war, stehen dem Arbeitnehmer offene Forderungen aus dem früheren Dienstverhältnis dann zu, wenn er seinem früheren Dienstgeber vor dem Wiederantrittstermin bekanntgibt, dass er inzwischen vom Arbeitsmarktservice auf eine andere Stelle vermittelt wurde.

**1.4. Arbeitslosigkeit**

Wer über der Geringfügigkeitsgrenze (im Monat 376,26 Euro, tgl. 28,89 Euro brutto für 2012) unselbstständig verdient, ist nicht arbeitslos. Wer selbstständig erwerbstätig ist, gilt bei einem Antrag ab 1.1.2009 nicht als arbeitslos, wenn er in der Pensionsversicherung nach dem GSVG pflichtversichert ist (Gewerbeschein). Selbstständige sind jedenfalls dann nicht arbeitslos, wenn das Einkommen die Geringfügigkeitsgrenze übersteigt (376,26 Euro monatl., 4.515,12 Euro jährlich für 2012) oder 11,1 % des vom Selbstständigen erzielten Umsatzes über der Geringfügigkeitsgrenze liegt. (3.389,73 Euro monatl., 40.676,76 Euro im Jahr für 2012)

Wer einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einem Einheitswert von mehr als 12.542 Euro bewirtschaftet, gilt nicht als arbeitslos, weil man annimmt, dass daraus ein monatliches Einkommen erzielt wird, welches 376,26 Euro übersteigt.

Wer eine Ausbildung absolviert, eine Schule besucht oder ein Studium betreibt, kann in der Regel auch nicht arbeitslos sein; Mitarbeit im Betrieb des Ehegatten, der Eltern oder Kinder schließt Arbeitslosigkeit aus, wenn das dafür gebührende Entgelt über der Geringfügigkeitsgrenze liegt; auch ein Gefängnisaufenthalt schließt Arbeitslosigkeit aus.

#### **Hinweis**

Wer innerhalb von 1 Monat beim gleichen Dienstgeber eine geringfügige Beschäftigung beginnt, gilt ebenfalls nicht als arbeitslos.

Eine Ausbildung unter 3 Monaten schließt nicht vom Bezug einer Leistung aus. Schüler und Studierende können Arbeitslosengeld beziehen, wenn sie die Anwartschaft erfüllt haben, ohne eine Rahmenfristverlängerung für Schule oder Studium in Anspruch zu nehmen.

Auch in diesen Fällen wird die Verfügbarkeit geprüft und muss jede zumutbare Beschäftigung angenommen werden. (Siehe Seite 7)

BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld können nur dann Arbeitslosengeld beziehen, wenn die Betreuung des Kindes durch eine geeignete Person oder Einrichtung nachgewiesen wird.

Dem Arbeitsmarktservice muss unverzüglich jede Aufnahme einer Beschäftigung gemeldet werden! (Sonst wird angenommen, dass der Verdienst über der Geringfügigkeitsgrenze liegt, siehe S. 14, Anspruchsverlust)

Arbeitslose, die auf eine bescheidmäßige Erledigung ihres Antrages auf Invaliditäts- (Berufsunfähigkeits-) Pension warten, erhalten einen Pensionsvorschuss. Voraussetzung ist, dass die Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe, abgesehen von der Arbeitswilligkeit bzw. -fähigkeit, vorliegen. Die Höhe des Pensionsvorschusses orientiert sich am durchschnittlich Ausmaß einer entsprechenden Pension, darf aber das Arbeitslosengeld/die Notstandshilfe nicht überschreiten. Es darf auch die Höhe der zu erwartenden Pension nicht überschritten werden. Bei Ablehnung des Pensionsantrages erfolgt keine Nachzahlung einer allfälligen Differenz (siehe S. 19).

## **2. Versicherungszeiten, die ein Arbeitsloser aufweisen muss (Anwartschaft)**

**2.1.** Bei erstmaliger Inanspruchnahme des Arbeitslosengeldes: Innerhalb der letzten 24 Monate vor dem Antrag (Rahmenfrist) müssen 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung vorliegen.

**1. Ausnahme:** Bis zum 25. Lebensjahr: Innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Antrag (Rahmenfrist) müssen 26 Wochen an Beschäftigungszeit vorliegen.

**2. Ausnahme:** Wurde schon Karenz(urlaubsgeld bezogen, genügt innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Antrag (Rahmenfrist) eine 28-wöchige versicherungspflichtige Tätigkeit.

**2.2.** Bei jeder weiteren Inanspruchnahme des Arbeitslosengeldes: Es genügt, wenn in den letzten 12 Monaten vor dem Antrag (Rahmenfrist) eine 28-wöchige Beschäftigungszeit liegt.

Wer andere Leistungen aus der Sozialversicherung (z.B. Krankengeld, Pension) bezieht oder die Anspruchsvoraussetzungen für eine (vorzeitige) Alterspension erfüllt, ist vom Bezug von Arbeitslosengeld ausgeschlossen.

## Folgende Zeiten werden für den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet

1. Versicherte Beschäftigungszeiten,
2. Präsenz-, Zivildienst, wenn innerhalb der Rahmenfrist mindestens 13 Wochen sonstige Anwartschaftszeiten liegen,
3. Kranken- oder Wochengeldbezug,
4. die nicht versicherungspflichtige Lehrzeit,
5. ausländische Beschäftigungs- und Versicherungszeiten, soweit dies durch zwischenstaatliche Abkommen bzw. EU-Verordnung geregelt ist,
6. Zeiten des Bezuges von Urlaubersatzleistung,
7. die Zeit für die in der Vergangenheit ein Sicherungsbeitrag bezahlt wurde,
8. die nicht versicherungspflichtige Beschäftigungszeit ab dem Pensionsalter, jedenfalls ab dem 60. Lebensjahr

Für die Anwartschaft können Zeiten nur 1 x berücksichtigt werden d.h.: Wer nochmals Arbeitslosengeld beziehen will (nach Erschöpfung des alten Anspruches) muss wieder Anwartschaftszeiten erwerben. Alle Beschäftigungszeiten in Staaten der europäischen Union werden für den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet. Die letzte Beschäftigung muss aber in Österreich gewesen sein. Darüber hinaus gibt es mit einigen weiteren Staaten (Kroatien, Serbien usw.) Abkommen über die Arbeitslosenversicherung.

### Hinweis

Ob und wann Sie Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, erfahren Sie von den ExpertInnen der Arbeiterkammer und von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice.

## Die Rahmenfrist

Die Zeit, in der die vorher genannten Versicherungszeiten liegen müssen, nennt man Rahmenfrist. Diese Rahmenfrist wird um folgende Zeiträume verlängert:

### Höchstens um 5 Jahre in folgenden Fällen (gilt seit 1.1.2009)

1. den Zeitraum eines arbeitslosenversicherungsfreien Dienstverhältnisses
2. die Dauer der vorgemerkten Arbeitssuche beim Arbeitsmarktservice (möglich, auch wenn keine laufende Geldleistung bezogen wird)
3. die Zeit einer Ausbildung (Schule, Studium) oder einer beruflichen Maßnahme der Rehabilitation
4. den Präsenz- oder Zivildienst
5. den Karenzurlaub bzw. den Bezug von Karenzgeld oder Weiterbildungsgeld
6. die Zeit des außerordentlichen Entgelts nach dem Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz
7. die Haftzeit
8. die Zeit des Bezuges von Sonderunterstützung
9. die Zeit einer Ausbildung im Ausland
10. die Zeit einer (selbstständigen) Erwerbstätigkeit mit Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung, wenn davor keine 5 Jahre einer arbeitslosenversicherten Beschäftigung liegen. (Gilt seit 1.1.2009)

### Unbegrenzt in folgenden Fällen

1. den Zeitraum des Bezugs einer Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension oder einer vergleichbaren Leistung im In- oder Ausland
2. die Zeit des Bezugs von Kranken- und Wochengeld
3. die Zeit einer nachweislichen Arbeitsunfähigkeit
4. die Zeit des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld
5. die Pflege eines nahen Angehörigen mit Pflegegeldbezug der Stufe 3 bis 7, wenn eine Weiterversicherung in der Pensionsversicherung bestanden hat

6. die Zeit einer (selbstständigen) Erwerbstätigkeit mit Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung, wenn davor mindestens 5 Jahre einer arbeitslosenversicherten Beschäftigung liegen. (Gilt seit 1.1.2009)

### **Übergangsbestimmung**

7. die Zeit einer selbstständigen Erwerbstätigkeit mit einer Pflichtversicherung nach dem BSVG oder GSVG, wenn diese und die arbeitslosenversicherte Beschäftigung vor dem 31.12.2008 begonnen wurden

## **Die Höhe des Arbeitslosengeldes**

Das Arbeitslosengeld besteht aus dem Grundbetrag, dem Ergänzungsbetrag und einem (eventuell zu gewährenden) Familienzuschlag. Im Anhang ist eine Tabelle abgedruckt, die Richtwerte über die Höhe des Arbeitslosengeldes abhängig vom monatlichen Bruttoeinkommen enthält.

### **Anmerkung**

**In der Tabelle (Anhang) wird das Arbeitslosengeld vom laufenden Einkommen (ohne Sonderzahlungen) berechnet. Bei der Berechnung sind 2 Sonderzahlungen schon berücksichtigt und müssen daher nicht dazugerechnet werden.**

### **1. Grundbetrag**

#### **Berechnungsgrundlage**

- Bei Geltendmachung bis 30. Juni eines Jahres der arbeitslosenversicherungspflichtige Bruttodurchschnittsverdienst des vorletzten Jahres inkl. Sonderzahlungen
- Bei Geltendmachung ab 1. Juli eines Jahres der arbeitslosenversicherungspflichtige Bruttodurchschnittsverdienst des letzten Jahres inkl. Sonderzahlungen
- Bis 30.6.2012 wird daher noch das Jahr 2010 herangezogen, ab 1.7.2012 das Jahr 2011
- Liegen in diesem Zeitraum keine Versicherungszeiten, so ist jenes davorliegende Jahr heranzuziehen, in dem die letzte Beschäftigung ausgeübt wurde. Liegen in der Vergangenheit keine Versicherungszeiten, so gelten die letzten 6 Monate vor dem Ende der Beschäftigung als Bemessungszeitraum
- Es wird auf die beim Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger gespeicherten Daten zurückgegriffen
- Die Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld (inkl. Sonderzahlungen) ist durch die vor drei Jahren geltende Höchstbeitragsgrundlage begrenzt. (Für 2012 die HBGL 2009 4.020 Euro)
- Ist die Berechnungsgrundlage älter als 1 Jahr, so werden die Beträge mit dem Aufwertungsfaktor nach dem ASVG erhöht

#### **Ausnahmen**

- 1.1. Hat die Beschäftigung nicht das gesamte Jahr gedauert, oder liegen Zeiten vor, in denen nicht das volle Entgelt (Erkrankung) oder kein Entgelt bzw. Lehrlingsentschädigung bezogen wurde, wird nur die Restzeit an Versicherungstagen genommen und multipliziert;
- 1.2. Bei Männern und Frauen bleibt es nach dem 45. Lebensjahr bei der früheren (besseren) Berechnungsgrundlage, wenn sie nach einer Arbeitslosigkeit wieder Beschäftigung finden und weniger verdienen;
- 1.3. Wenn nach einer Auslandsbeschäftigung eine mindestens 4-wöchige Beschäftigung im Inland vorliegt, so ist das im Inland erzielte Entgelt maßgebend;
- 1.4. Kalenderjahre, in denen ein Bezug von Kinderbetreuungsgeld liegt, bleiben außer Betracht.

#### **Fiktives Nettoeinkommen**

Vom Bruttogehalt (inkl. Anteil. Sonderzahlungen) werden Sozialversicherungsbeiträge und Steuern für einen alleinstehenden Angestellten abgezogen.

#### **Ausmaß des Arbeitslosengeldes**

Das Arbeitslosengeld beträgt 55 % dieses fiktiven Nettoeinkommens.

## **2. Ergänzungsbetrag**

Für Arbeitslose mit einem geringen Einkommen erhöht sich das Arbeitslosengeld auf den Ausgleichszulagenrichtsatz von 814,82 Euro (für 2012) maximal auf 60 % des fiktiven Nettoeinkommens. Für Arbeitslose mit geringem Einkommen und Familienzuschlag erhöht sich das Arbeitslosengeld ebenfalls auf den Ausgleichszulagenrichtsatz, maximal auf 80 % des fiktiven Nettoeinkommens. Im Anhang ist eine Tabelle abgedruckt, die Richtwerte über die Höhe des Arbeitslosengeldes abhängig vom monatlichen Bruttoeinkommen (exkl. Sonderzahlungen) enthält.

## **3. Familienzuschläge**

Diese gebühren für Kinder, Enkel, Stiefkinder, Wahlkinder und Pflegekinder, wenn der/die Arbeitslose zum Unterhalt dieser Personen tatsächlich wesentlich beiträgt und Anspruch auf Familienbeihilfe besteht.

Anspruch auf Familienzuschlag für die/den Ehegatten oder die/den Lebensgefährten besteht, wenn der/die Arbeitslose zum Unterhalt dieser Person tatsächlich wesentlich beiträgt und Anspruch auf Familienzuschlag für mindestens 1 minderjähriges Kind oder eine behinderte Person mit Anspruch auf Familienbeihilfe besteht.

Das Arbeitslosengeld darf inkl. Familienzuschläge in keinem Fall 80 % des fiktiven Nettoeinkommens überschreiten.

## **Höhe des Familienzuschlages**

Für jede Person täglich 0,97 Euro (gilt für 2012)

## **Bedarfsorientierte Mindestsicherung**

Wenn das Arbeitslosengeld den Betrag von 773,26 Euro nicht erreicht, so kann zusätzlich Anspruch auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung bestehen. Für Ehepaare und Lebensgemeinschaften gilt ein Betrag von 1.159,90 Euro. Dieser Betrag erhöht sich in Niederösterreich für jedes Kind im gemeinsamen Haushalt um den Betrag von 177,85 Euro (gilt für 2012).

## **Anfall des Arbeitslosengeldes**

Ab persönlicher Antragstellung bei der zuständigen regionalen Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice - unter Umständen auch schon ab Samstag, Sonntag oder Feiertag.

Wird der Antrag nicht sofort nach Beendigung des Dienstverhältnisses gestellt, gebührt das Arbeitslosengeld nicht rückwirkend.

Seit 1.1.2005 kann man sich schon vor Eintritt der Arbeitslosigkeit schriftlich, per Fax, per E Mail, telefonisch oder mittels elektronischem Formular arbeitslos melden. Das AMS bestätigt die Meldung innerhalb von 3 Tagen. Der/die Arbeitslose hat dann ab Eintritt der Arbeitslosigkeit 10 Tage Zeit, den Antrag auf Arbeitslosengeld persönlich beim AMS zu stellen.

Seit 1.7.2010 kann Arbeitslosengeld auch elektronisch über ein sicheres eAMS-Konto beantragt werden. Auch in diesem Fall ist eine persönliche Meldung innerhalb von 10 Tagen erforderlich.

1. Wurde das Dienstverhältnis freiwillig oder aus eigenem Verschulden (Selbstkündigung, begründete Entlassung) gelöst, gebührt für 4 Wochen kein Arbeitslosengeld.
2. Für die Dauer einer Urlaubsentschädigung bzw. Urlaubsabfindung gebührt kein Arbeitslosengeld (ist seit 1.5.1996 eine Versicherungszeit)

Dadurch verkürzt sich die Anspruchsdauer nicht.

## Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes

1. Grundanspruch 20 Wochen
2. 30 Wochen bei einer Beschäftigung von 156 Wochen (3 Jahre) in den letzten 5 Jahren,
3. 39 Wochen bei einer Beschäftigung von 312 Wochen (6 Jahre) in den letzten 10 Jahren, wenn das Arbeitslosengeld nach dem 40. Geburtstag anfällt,
4. 52 Wochen bei einer Beschäftigung von 468 Wochen (9 Jahre) in den letzten 15 Jahren, wenn das Arbeitslosengeld nach dem 50. Geburtstag anfällt,

**Die Bezugsdauer verlängert sich um Zeiten einer Teilnahme an Schulungen oder Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Für die Feststellung der Bezugsdauer werden jene Zeiten herangezogen, die für die Anwartschaft anrechenbar sind. (siehe Seite 10, Pkt 1-7).**

### Unterscheide

- Für die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld werden Zeiten nur einmal berücksichtigt.
- Für die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes können alle Zeiten berücksichtigt werden, die im angeführten Zeitraum liegen. Eine Verlängerung des Zeitraums ist nicht möglich.

## Schulungsarbeitslosengeld (Arbeitsstiftung)

Wenn ein Unternehmen für arbeitslos gewordene Arbeitnehmer eine bescheidmäßig anerkannte Schulung durchführt bzw. mit einer anderen Schulungseinrichtung eine solche Maßnahme setzt, kann das Arbeitslosengeld um höchstens 156 Wochen bzw., wenn die Ausbildung noch länger dauert, sogar um 209 Wochen verlängert werden. Während dieser Zeit muss auch ein Zuschuss des Betriebes geleistet werden. Das verlängerte Schulungsarbeitslosengeld kann auch bei Teilnahme an einer Maßnahme der beruflichen Rehabilitation bezogen werden.

## Fortbezug des Arbeitslosengeldes

Wird die Höchstdauer des Arbeitslosengeldes nicht ausgeschöpft, ist ein Fortbezug möglich, wenn ab dem Letztbezug innerhalb von fünf Jahren (gilt seit 1.1.2009) der Fortbezug beim Arbeitsmarktservice beantragt wird.

Diese Zeit verlängert sich um alle Zeiten, welche die Rahmenfrist für die Anwartschaft verlängern. (Siehe Seite 10)

## Ruhen des Arbeitslosengeldes

Wird eine Urlaubersatzleistung ausbezahlt, so verlängert sich die Sozialversicherung um diesen Zeitraum, es gebührt daher kein Arbeitslosengeld.

### **Weiters ruht das Arbeitslosengeld**

1. bei Kranken- oder Wochengeldbezug - auch wenn Kranken- oder Wochengeld versagt wurden
2. bei Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt
3. bei Inhaftierung
4. bei Entgeltbezug nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz
5. bei Aufenthalt im Ausland

Auf Antrag des Arbeitslosen kann ein Auslandsaufenthalt bis zu 3 Monaten bei gleichzeitigem Arbeitslosengeldbezug bewilligt werden. Gründe dafür können z.B. eine Arbeitssuche im Ausland sein, oder zwingende familiäre Angelegenheiten. Wird diese Bewilligung nicht erteilt, kann ohne Ruhen des Arbeitslosengeldes kein Auslandsaufenthalt angetreten werden. Eine Arbeitssuche im EU-Ausland ist maximal 3 Monate mit Verlängerung auf 6 Monate zulässig.

Beim Ruhen des Arbeitslosengeldes wegen Auslandsaufenthalts geht auch die eigene Krankenversicherung spätestens nach 6 Wochen verloren (3 Wochen für Krankengeld). Eine Krankheit ohne entsprechenden Versicherungsschutz kann eine teure Angelegenheit werden.

6. während Präsenz-, Zivildienst
7. bei Bezug von Weiterbildungsgeld
8. bei Bezug von Übergangsgeld aus der Pensions- oder Unfallversicherung
9. bei Bezug einer Kündigungsentschädigung (im Falle einer strittigen Beendigung des Dienstverhältnisses wird vom Arbeitsmarktservice das Arbeitslosengeld vor-schussweise gewährt)

Durch das Ruhen des Arbeitslosengeldes wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes nicht verkürzt. „Ruhens“ bedeutet nur, dass in dieser Zeit kein Arbeitslosengeld ausbezahlt wird. Der Gesamtanspruch an Arbeitslosengeld von 20 oder 30 Wochen usw. bleibt gewahrt.

### **Verlust des Anspruches auf Arbeitslosengeld**

Bei einem Anspruchsverlust kommt es zu einer Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld.

Wenn der/die Arbeitslose sich weigert, eine zumutbare Beschäftigung anzunehmen oder keine persönlichen Anstrengungen zwecks Postensuche unternimmt, bzw. sich nicht arbeitswillig verhält (siehe Seite 7, Pkt. 1.3.) verliert er/sie für die Dauer von 6 Wochen den Anspruch auf Arbeitslosengeld. Bei jeder weiteren Weigerung gebührt für 8 Wochen kein Arbeitslosengeld. Das gleiche gilt bei Vereitelung von Schulungsmaßnahmen. Erst bei einem neuen Arbeitslosengeldbezug verringert sich der Anspruchsverlust wieder auf 6 Wochen.

Wer falsche Angaben über das Ausmaß oder die Dauer einer Teilzeitbeschäftigung macht und dadurch eine Vermittlung vereitelt, erhält für 2 Wochen kein Arbeitslosengeld.

Das Arbeitsmarktservice kann Nachsicht von der Sperre des Arbeitslosengeldes erteilen, wenn berücksichtigungswürdige Umstände vorliegen. Nachsicht erteilt das AMS NÖ im Regelfall, wenn innerhalb von 8 Wochen eine Beschäftigung aufgenommen wurde, die nicht nur vorübergehend war.

Wenn der/die Arbeitslose bei einer Tätigkeit betreten wird, die er dem Arbeitsmarktservice nicht gemeldet hat, („Pfuscher“), so wird unwiderlegbar angenommen, dass er/sie daraus ein Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze erzielt hat. Er/sie gilt daher für den Zeitraum dieser Tätigkeit nicht als arbeitslos. Die aus diesem Grund zu Unrecht bezogene Leistung muss zurückbezahlt werden. Für mindestens 4 Wochen ist die Leistung jedenfalls zurückzuzahlen.

Wird eine Kontrollmeldung ohne triftigen Grund versäumt, so erfolgt eine Sperre des Arbeitslosengeldes bis zur Wiedermeldung. Der Anspruch geht für maximal 62 Tage verloren, darüber hinaus ruht das Arbeitslosengeld.

## Anrechnung von Einkommen aus vorübergehender Beschäftigung

Das Nettoeinkommen aus einer vorübergehenden Beschäftigung wird, soweit es die monatliche Geringfügigkeitsgrenze (376,26 Euro für 2012) übersteigt, zu 90 % auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Vorübergehend ist eine unselbstständige Beschäftigung, die für weniger als 4 Wochen vereinbart bzw. eine selbstständige Erwerbstätigkeit, die kürzer als 4 Wochen gedauert hat. Zunächst wird vom Nettoeinkommen die Geringfügigkeitsgrenze 376,26 Euro (gilt für 2012) abgezogen, dann davon 90 % berechnet. Nach Division durch die Anzahl der Kalendertage ergibt sich ein täglicher Anrechnungsbetrag, der vom Tagsatz des Arbeitslosengeldes abgezogen wird. Das so berechnete tägliche Arbeitslosengeld gebührt für die Kalendertage, an denen keine Beschäftigung vorgelegen ist.

### Hinweis

Wenn das anzurechnende Nettoeinkommen das Arbeitslosengeld übersteigt, fällt das Arbeitslosengeld für den gesamten Kalendermonat weg, auch wenn die Beschäftigung nur an wenigen Tagen im Monat ausgeübt wurde.

## Die Notstandshilfe

Sie gebührt dann, wenn die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ausgeschöpft ist und der/die Arbeitslose kein sonstiges Einkommen hat, sodass anzunehmen ist, dass er/sie in eine finanzielle Notlage kommt, wenn er/sie keine Notstandshilfe erhält. Dabei ist das Einkommen des Ehepartners bzw. Lebensgefährten zu berücksichtigen.

### Anspruchsberechtigte

Anspruch auf Notstandshilfe hat, wer aufgrund des Fremdenengesetzes Niederlassungsfreiheit oder Bleiberecht in Österreich genießt und nicht abgeschoben werden darf. Anspruch auf Notstandshilfe haben daher Österreicher, EU-Ausländer, Gleichgestellte, Konventionsflüchtlinge usw. Diesen sind Personen gleich gestellt, die sich bereits mindestens 5 Jahre ununterbrochen legal in Österreich aufhalten (das Fremdenengesetz sieht eine Aufenthaltsverfestigung nach fünf Jahren vor). Ausländer, die sich noch keine 5 Jahre in Österreich aufhalten und die während der Dauer eines Jahres nahezu ununterbrochen keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind (und nicht Wochen-, Karenz-, Krankengeld oder Entgeltfortzahlung bezogen haben), können nach dem Fremdenengesetz mit Bescheid ausgewiesen werden. Die Anspruchsberechtigung auf Notstandshilfe endet für sie mit dem Zeitpunkt der möglichen Abschiebung.

### Bezugsdauer

Notstandshilfe gebührt für die Dauer von 52 Wochen, eine Weitergewährung ist jedoch auf Antrag unbegrenzt oft möglich, solange die Voraussetzungen gegeben sind.

## Ausmaß der Notstandshilfe

95 % des Grund- und Ergänzungsbetrages des Arbeitslosengeldes bis zu einem Einkommen, das dem Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende (814,82 Euro gilt für 2012) in der Pensionsversicherung entspricht; 92 % des Grund- und Ergänzungsbetrages des Arbeitslosengeldes, wenn das Einkommen den AZ-Richtsatz übersteigt (fließende Reduktion).

- Auf die Notstandshilfe ist jedes eigene Einkommen (mit wenigen Ausnahmen) anzurechnen, wenn es die Geringfügigkeitsgrenze (monatlich 376,26 Euro, gilt für 2012) übersteigt. Ein Einkommen aus einer Beschäftigung ist nicht anzurechnen, wenn es die Geringfügigkeitsgrenze nicht übersteigt.
- Auf die Notstandshilfe ist jedes Einkommen des im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehepartners, des Lebensgefährten bzw. der Lebensgefährtin anzurechnen. Nicht angerechnet wird das Einkommen der Kinder oder Eltern, auch wenn sie im gemeinsamen Haushalt leben. Vom Einkommen der Ehepartner, Lebensgefährten ist ein monatlicher Betrag von 515 Euro (gilt für 2012) abzuziehen; ist er (sie) gegenüber einem weiteren Angehörigen unterhaltspflichtig, werden weitere 257,50 Euro monatlich abgezogen und zwar für jede Person, die Anspruch auf Unterhalt hat. Diese sogenannte Freigrenze von 501 Euro kann in berücksichtigungswürdigen Fällen (zwangsläufig erhöhte Ausgaben) um bis zu 50 % erhöht werden. Zusätzlich können 11 Euro als Werbungskostenpauschale abgesetzt werden.

Keine Anrechnung erfolgt, wenn das gemeinsame Einkommen den Betrag von 1.160 Euro nicht übersteigt. Durch die Anrechnung darf dieser Betrag nicht unterschritten werden. Der Betrag von 1.160 Euro erhöht sich für jedes Kind um 139 Euro, ab dem 4. Kind nur noch um 116 Euro. (Werte für 2012)

### **Erhöhte Freigrenzen bei Notstandshilfebezug**

#### **Verdoppelung der Freigrenzen**

Bei Erschöpfung des Anspruches auf Arbeitslosengeld (52 Wochen oder länger) bei über 50-jährigen Arbeitslosen. (Partner: 1.030 Euro, Kind: 515 Euro)

#### **Erhöhung um maximal die Hälfte**

- für Kredite für Wohnraumschaffung oder –verbesserung, nur die Hälfte der Kreditbelastung kann berücksichtigt werden
- wenn eine Minderung der Erwerbstätigkeit von mind. 50 % (Bundessozialamt) vorliegt oder eine IP/BUP bezogen wird und einer der beiden Partner über 50 Jahre alt ist
- Außergewöhnliche Belastungen in Folge von Krankheit oder Gebrechen
  - MdE von 50 % bis 75% Freigrenzenerhöhung um 40 Euro
  - MdE von 76% bis 100% Freigrenzenerhöhung um 80 Euro

#### **Erhöhung auf das Dreifache**

- Bei Erschöpfung des Anspruches auf Arbeitslosengeld (52 Wochen oder länger)
- bei Frauen ab 54 Jahren, wenn sie in den letzten 25 Jahren 15 Jahre arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt waren;
- bei Männern, wenn die Arbeitslosigkeit nach dem 55. Lj. eintritt und 20 Jahre arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung vorliegen  
Freibetrag: Partner: 1.545 Euro, Kind: 772,50 Euro

Über Anträge auf Freigrenzenerhöhung entscheidet das Arbeitsmarktservice. Jenes Einkommen, das nunmehr als anrechnungsfähig übrig bleibt, vermindert den ursprünglichen Notstandshilfeanspruch. Es kann sein, dass soviel zur Anrechnung gelangt, dass überhaupt keine Notstandshilfe ausbezahlt ist. Bei schwankendem Einkommen des Ehepartners (Lebensgefährte bzw. Lebensgefährtin) ist das durchschnittliche Einkommen der letzten drei Monate für die darauffolgenden 52 Wochen Notstandshilfebezug zugrunde zu legen.

### **Familienzuschlag**

Zur Notstandshilfe gebühren wie zum Arbeitslosengeld allfällige Familienzuschläge (Siehe dazu Seiten 11 bis 12).

## Kürzung der Notstandshilfe bei langer Bezugsdauer

- Nach einer Bezugsdauer von 6 Monaten wird die Notstandshilfe ab dem nächstfolgenden Monatsersten gekürzt:
- Nach einem Arbeitslosengeldbezug von 20 Wochen gebührt die Notstandshilfe maximal in Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes von 814 Euro monatlich (gilt für 2012).
- Nach einem Arbeitslosengeldbezug von 30 Wochen gebührt die Notstandshilfe maximal in der Höhe des Existenzminimums im Exekutionsrecht von 950 Euro (gilt für 2012).
- Es wird zunächst die Höhe der Notstandshilfe unter Anrechnung des Einkommens des (Ehe-) partners berechnet, übersteigt danach die Notstandshilfe die oben angeführten Grenzen, so kommt es zur Kürzung des Bezuges.
- Für ältere Arbeitslose, die aufgrund ihres Alters und der Beschäftigungszeiten Anspruch auf Arbeitslosengeld für die Dauer von 39 Wochen oder länger haben, kommt es zu keiner Kürzung der Notstandshilfe.

## Notstandshilfe Antrag / Fortbezug

Anspruch auf Notstandshilfe besteht, wenn der Antrag innerhalb von 5 Jahren nach dem Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld gestellt wird. Ein Fortbezug der Notstandshilfe ist möglich, wenn der Antrag innerhalb von 5 Jahren ab dem Letztbezug gestellt wird. Der Zeitraum von 5 Jahren verlängert sich um alle Zeiten, welche die Rahmenfrist für die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld verlängern. (Siehe Seite 10)

## Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Wenn das Arbeitslosengeld den Betrag von 773,26 Euro nicht erreicht, so kann zusätzlich Anspruch auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung bestehen. Für Ehepaare und Lebensgemeinschaften gilt ein Betrag von 1.159,90 Euro. Dieser Betrag erhöht sich in Niederösterreich für jedes Kind im gemeinsamen Haushalt um den Betrag von 177,85 Euro.

## Kranken- und Pensionsversicherung der Arbeitslosen

BezieherInnen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sind automatisch in der Kranken- und Pensionsversicherung versichert. Bei einer Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit gebührt anstelle des Arbeitslosengeldes das Krankengeld von der Krankenkasse in der Höhe des täglichen Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe.

Wer wegen der Anrechnung des Partnereinkommens keine Notstandshilfe erhält, ist weiterhin über das AMS kranken- und pensionsversichert. Voraussetzung ist aber die Bereitschaft eine zumutbare Beschäftigung anzunehmen.

## Bestätigungen der Dienstgeber zur Antragsstellung

Die Dienstgeber sind verpflichtet, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen bzw. Bestätigungen auszustellen. Die Verweigerungen von Angaben oder Bestätigungen oder falsche Angaben müssen von der Bezirkshauptmannschaft mit Geldstrafen von 200 Euro bis 2.000 Euro bestraft werden (§ 69 Abs. 2 und § 71 Abs. 1 AIVG).

## Meldepflicht

Der/die Arbeitslose hat dem Arbeitsmarktservice alle Umstände, die zu einer Änderung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe oder zu dessen Ende führen könnten, unverzüglich bekannt zu geben.

Der/die Arbeitslose muss dem Arbeitsmarktservice insbesondere unverzüglich jede Aufnahme einer Beschäftigung melden! Wird er/sie bei einer nicht gemeldeten Beschäftigung angetroffen, so wird angenommen, dass der Verdienst über der Geringfügigkeitsgrenze liegt, siehe S 14.

## Ahndung von Missbräuchen in der Arbeitslosenversicherung

Das betrifft Personen, die unberechtigt Leistungen in Anspruch nehmen bzw. zu solchen Missbräuchen anstiften oder Hilfe leisten. Dafür gibt es Strafen von der Bezirkshauptmannschaft von 200 Euro bis 2.000 Euro im Wiederholungsfall von 400 Euro bis 4.000 Euro. In gewissen Fällen können für Bezieher von Leistungen zusätzlich Geldstrafen bis zu 200 Euro verhängt werden. Ob ein strafrechtlicher Vorgang vorliegt, der darüber hinaus von einem Strafgericht verfolgt werden muss, ist besonders zu beurteilen.

## Bescheide über Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung

Über die Gewährung bzw. Nichtgewährung von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung sind Bescheide zu erlassen. Ist der Bescheidadressat mit dem Inhalt nicht einverstanden, hat er das Recht, innerhalb von 14 Tagen dagegen Berufung zu erheben. In solchen Fällen entscheidet dann die Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice. Gegen diesen Bescheid kann durch einen Rechtsanwalt Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof erhoben werden.

## Rückzahlung des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe

Die Verpflichtung zum Ersatz von unberechtigt bezogenen Leistungen ist vom Arbeitsmarktservice mit Bescheid auszusprechen. Zum Rückersatz kann der Empfänger nur verpflichtet werden, wenn er den Bezug der Leistung durch bewusst unwahre Angaben oder durch Verschweigung maßgebender Tatsachen (Unterlassung der Anzeige bei Veränderungen) herbeigeführt hat, oder wenn er/sie erkennen musste, dass die Leistung nicht oder nicht in dieser Höhe gebührte.

Leistungen sind auch zurückzubezahlen, wenn sich nachträglich auf Grund eines Einkommensteuerbescheids auch ohne Verschulden des/der Arbeitslosen ergibt, dass die Leistung nicht oder nicht in dieser Höhe gebührte. In diesem Fall ist die Rückforderung mit der Höhe des Einkommens begrenzt.

Auf Antrag kann das Arbeitsmarktservice die Rückzahlung in Raten bewilligen, wenn eine Rückzahlung nach den wirtschaftlichen Verhältnissen sonst nicht möglich wäre. Ausnahmsweise ist auch eine Stundung der Rückzahlung möglich, wenn eine außergewöhnlich belastende finanzielle Situation vorliegt.

Leistungen können höchstens 5 Jahre rückwirkend zurückgefordert werden.

## Pensionsvorschuss

Pensionsvorschuss erhält, wer einen Antrag auf Gewährung einer Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension oder auf eine Alterspension stellt. Der Anspruch auf Pensionsvorschuss setzt einen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe voraus. Pensionsvorschuss erhält man für die Dauer des Pensionsverfahrens anstelle des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe, Arbeitsfähigkeit bzw. Arbeitswilligkeit müssen nicht gegeben sein.

### Wichtig

**Pensionsvorschuss kann auch bezogen werden, wenn bei aufrechtem Dienstverhältnis kein Anspruch auf Entgeltfortzahlung besteht und der Krankengeldanspruch erschöpft ist.**

### Höhe des Pensionsvorschusses

1. Der Pensionsvorschuss gebührt grundsätzlich in der Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe, jedoch max. 34,67 Euro tgl. (1040,10 Euro mtl.) als Vorschuss bei Antrag auf Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension und 37,93 Euro tgl. (1.137,90 Euro mtl.) bei einem Antrag auf Alterspension.
2. Ergibt die Vorausberechnung der Pensionsversicherungsanstalt, dass die beantragte Pension niedriger ist, gebührt der Pensionsvorschuss nur in dieser Höhe.

Der Bezug von Pensionsvorschuss wird auf die Bezugsdauer des Arbeitslosengeld bzw. der Notstandshilfe angerechnet, für den Fall eines negativen Ausgangs des Pensionsverfahrens kommt es zu keiner Nachzahlung des Differenzbetrages. Es kann daher durch den Pensionsantrag zu einem Vermögensnachteil kommen, wenn das Arbeitslosengeld (die Notstandshilfe) höher als der Pensionsvorschuss gewesen wäre.

Der Pensionsvorschuss ruht nicht bei Krankenhausaufenthalt, wenn kein Anspruch auf Krankengeld besteht. Wer Pensionsvorschuss bezieht, darf bis zu 3 Monate ins Ausland fahren. (Meldung beim AMS notwendig.)

## Weiterbildungsgeld

Weiterbildungsgeld wird für die Dauer einer Bildungskarenz bzw. einer Freistellung gegen Entfall der Bezüge gewährt.

### 1. Bildungskarenz

Hat das Arbeitsverhältnis mindestens 6 Monate gedauert, so kann mit dem Dienstgeber eine Bildungskarenz gegen Entfall der Bezüge vereinbart werden.

### Achtung!

**Verbesserter Zugang zur Bildungskarenz.**

Auch Saisonbeschäftigte können eine Bildungskarenz vereinbaren. Voraussetzung ist, dass das befristete Dienstverhältnis zuletzt mindestens 2 Monate gedauert hat und innerhalb der letzten

4 Jahre insgesamt Beschäftigungen im Ausmaß von mindestens 6 Monaten bei diesem Dienstgeber vorliegen.

Innerhalb von 4 Jahren kann im Ganzen oder in Teilen eine Bildungskarenz von 2 Monaten bis zu 1 Jahr vereinbart werden. Jeder einzelne Teil muss mindestens 2 Monate dauern. Erst nach Ablauf von 4 Jahren kann eine neue Bildungskarenz vereinbart werden.

#### Hinweis

Die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld muss erfüllt sein!

Voraussetzung für den Bezug von Weiterbildungsgeld ist, dass der Besuch einer Weiterbildungsmaßnahme im Ausmaß von mindestens 20 Wochenstunden (bei Betreuung eines Kindes unter 7 Jahren mindestens 16 Wochenstunden) nachgewiesen wird, diese muss nicht berufsbezogen sein.

## **2. Freistellung gegen Entfall der Bezüge**

Es wird mit dem Dienstgeber eine Freistellung gegen Entfall der Bezüge für die Dauer von 6 Monaten bis zu 1 Jahr vereinbart.

Voraussetzung für den Bezug von Weiterbildungsgeld ist, dass der Dienstgeber für die Dauer der Freistellung eine bisher arbeitslose Ersatzarbeitskraft einstellt, die nicht nur ein geringfügiges Entgelt (376,26 Euro mtl. für 2012) bezieht.

### **Anspruchsvoraussetzung**

Die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld muss erfüllt sein.

### **Höhe**

Das Weiterbildungsgeld gebührt in der Höhe des Arbeitslosengelds, mindestens aber in Höhe von 14,53 Euro täglich. Bezieher von Weiterbildungsgeld sind kranken- und pensionsversichert.

## **Übergangsgeld**

Die vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit wurde durch die Pensionsreform mit 1.1.2004 abgeschafft. Während einer Übergangsfrist gibt es an Stelle dieser Pension das Übergangsgeld aus der Arbeitslosenversicherung.

### **Voraussetzungen**

- Der/die Versicherte war in den letzten 15 Monaten vor der Antragstellung mindestens 52 Wochen arbeitslos.
- Die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld (siehe Seite 9, Pkt 2) muss erfüllt sein, Zeiten die für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld herangezogen wurden, können für das Übergangsgeld nochmals berücksichtigt werden. Ein Anspruch auf Übergangsgeld besteht daher auch nach dem Bezug von Arbeitslosengeld.
- Auch ohne Anwartschaft sind die Voraussetzungen erfüllt, wenn in den letzten 25 Jahren vor Antragstellung mindestens 15 Jahre arbeitslosenversicherte Beschäftigung vorliegen. (Zeiten der Betreuung eines Kindes bis zum 15. Lebensjahr verlängern die Rahmenfrist von 25 Jahren).
- Eine Mindestzahl von Versicherungsmonaten in der Pensionsversicherung ist nicht erforderlich.

### **Mindestalter für den Anspruch auf Übergangsgeld:**

Wer bis 31.12.2010 das Alter von 56 ½ Jahren (Frauen) bzw. 61 ½ Jahren (Männer) erreicht hat, kann Übergangsgeld erhalten.

### **Übergangsbestimmungen:**

Darüber hinaus gilt in den folgenden Zeiträumen das angegebene Mindestalter:

|                      |      | <b>Frauen</b>     | <b>Männer</b>     |
|----------------------|------|-------------------|-------------------|
| Jänner - April       | 2011 | 56 Jahre 9 Monate | 61 Jahre 9 Monate |
| Mai - August         | 2011 | 57 Jahre          | 62 Jahre          |
| September - Dezember | 2011 | 57 Jahre 3 Monate | 62 Jahre 3 Monate |
| Jänner - April       | 2012 | 57 Jahre 6 Monate | 62 Jahre 6 Monate |
| Mai - August         | 2012 | 57 Jahre 9 Monate | 62 Jahre 9 Monate |
| September - Dezember | 2012 | 58 Jahre          | 63 Jahre          |
| Jänner - April       | 2013 | 58 Jahre 3 Monate | 63 Jahre 3 Monate |
| Mai - August         | 2013 | 58 Jahre 6 Monate | 63 Jahre 6 Monate |
| September - Dezember | 2013 | 58 Jahre 9 Monate | 63 Jahre 9 Monate |
| Jänner - April       | 2014 | 59 Jahre          | 64 Jahre          |
| Mai - August         | 2014 | 59 Jahre 3 Monate | 64 Jahre 3 Monate |
| September - Dezember | 2014 | 59 Jahre 6 Monate | 64 Jahre 6 Monate |
| Jänner - April       | 2015 | 59 Jahre 9 Monate | 64 Jahre 9 Monate |

### **Höhe**

Der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes wird um 25 % erhöht, für Angehörige gibt es Familienzuschläge.

### **Bezugsdauer**

Übergangsgeld kann bis zur Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für eine (vorzeitige) Alterspension bezogen werden.

### **Sonstiges**

Grundsätzlich gelten alle Bestimmungen für das Arbeitslosengeld auch für das Übergangsgeld. Wenn in absehbarer Zeit keine Aussicht auf Vermittlung besteht, können die Kontrollmeldungen ausgesetzt und Auslandsaufenthalte zugelassen werden.

## **Altersteilzeit**

### **Voraussetzungen**

Anspruch auf Altersteilzeitgeld hat ein Arbeitgeber, der ältere Arbeitnehmer beschäftigt, die ihre Arbeitszeit verringern und denen er einen Lohnausgleich bezahlt.

Der/die ArbeitnehmerIn war in den letzten 25 Jahren vor Geltendmachung des Anspruchs (Rahmenfrist) 780 Wochen (ca. 15 Jahre) arbeitslosenversichert beschäftigt. Die Rahmenfrist von 25 Jahren verlängert sich um Zeiten der Kinderbetreuung (ohne Arbeitslosenversicherung) bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres des Kindes.

Ab 1.1.2011 gilt, dass eine Altersteilzeit frühestens 7 Jahre vor dem Regelpensionsalter angetreten werden kann.

### **Arbeitszeit**

Es muss mit dem Dienstgeber vereinbart werden, dass die Arbeitszeit auf 40 % - 60 % der bisherigen Normalarbeitszeit herabgesetzt wird. Im letzten Jahr vor der Altersteilzeit darf keine Teilzeitbeschäftigung unter der Mindestgrenze liegen (60% der Normalarbeitszeit). Der/die DienstnehmerIn hat keine Möglichkeit, den Arbeitgeber zum Abschluss einer Altersteilzeit zu verpflichten.

## Blocken

Es muss nicht gleichmäßig eine Halbtagsbeschäftigung ausgeübt werden, es genügt, dass innerhalb eines Durchrechnungszeitraums die Arbeitszeit nicht mehr als 40% - 60% der bisherigen Arbeitszeit ausmacht.

Seit 1.1.2004 ist der Durchrechnungszeitraum beschränkt, die Freizeitphase darf nicht mehr als 2½ Jahre dauern.

### Neu

Mit 1.9.2009 ist die Verpflichtung zur Einstellung einer Ersatzarbeitskraft generell entfallen.

## Lohnausgleich

Durch kollektivvertragliche Regelung, Betriebsvereinbarung oder Einzelvereinbarung muss sicher gestellt sein, dass

- Anspruch auf mindestens 50 % der Differenz zwischen dem bisher gebührenden Entgelt und dem der verringerten Arbeitszeit entsprechenden Entgelt besteht. Das Entgelt darf zusammen mit dem Lohnausgleich die Höchstbeitragsgrundlage nicht übersteigen;
- der Dienstgeber die Beiträge zur Sozialversicherung auf der Basis des Entgelts vor Herabsetzung der Arbeitszeit weiter bezahlt;
- eine Abfertigung alt auf Basis des Entgeltes vor Herabsetzung der Arbeitszeit bezahlt wird.

Für die Berechnung wird das durchschnittliche Entgelt des letzten Jahres vor der Herabsetzung der Normalarbeitszeit herangezogen.

## Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen

Der Dienstgeber hat einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeitgeld d.h. auf Ersatz seiner zusätzlichen Aufwendungen gegenüber dem Arbeitsmarktservice.

Bei Vereinbarungen ab 1.9.2009 ersetzt das Arbeitsmarktservice bei einer laufenden Altersteilzeit nur noch 90 Prozent der Differenz zwischen dem bisher gebührenden Entgelt und dem der verringerten Arbeitszeit entsprechenden Entgelt, maximal bis zur **Höchstbeitragsgrundlage**.

Das Arbeitsmarktservice ersetzt auch 90 Prozent der Differenz zwischen den Beiträgen zur Sozialversicherung entsprechend dem Entgelt für die reduzierte Arbeitszeit und den weiterzuleistenden Beiträgen vom Entgelt vor Herabsetzung der Arbeitszeit.

### Hinweis

Bei Vereinbarungen ab 1.1.2011 ersetzt das Arbeitsmarktservice dem Arbeitgeber bei einer „geblockten“ Altersteilzeit nur noch 50 Prozent seiner zusätzlichen Kosten.

Eine Ersatzarbeitskraft ist bei einer Altersteilzeit ab 1.9.2009 nicht mehr erforderlich. Eine Altersteilzeit gilt nicht als geblockt, wenn die Arbeitszeit innerhalb eines Jahres ausgeglichen wird oder die Abweichungen nicht mehr als 20 % der Arbeitszeit ausmachen.

**Dauer**

Altersteilzeit kann bis zum frühest möglichen Anfallsalter für eine (vorzeitige) Alterspension vereinbart werden, d.h. höchstens für 7 Jahre. (Achtung: bei geblockter Altersteilzeit ist die Freizeitphase begrenzt)

Die Altersteilzeit endet in jedem Fall, wenn Anspruch auf eine (vorzeitige) Alterspension oder Sonderruhegeld besteht.

**Ausnahme**

Eine Altersteilzeit kann höchstens 1 Jahr über den Zeitpunkt hinaus vereinbart werden, an dem Anspruch auf Korridor pension besteht (Vollendung des 62. Lebensjahres).

**Rückersatz**

Das Arbeitsmarktservice kann jedes ungerechtfertigt bezogene Altersteilzeitgeld vom Dienstgeber zurückfordern.

**EXKURS Bedarfsorientierte Mindestsicherung**

Seit 1. September 2010 gibt es in Niederösterreich die Mindestsicherung. Wer kein Einkommen oder nur ein sehr geringes Einkommen hat, kann einen Antrag auf Mindestsicherung stellen. Keinen Anspruch hat, wer nicht bereit ist, seine Arbeitskraft einzusetzen oder wer noch ausreichend Vermögen hat.

**Anspruchsvoraussetzungen**

Österreichische Staatsbürger sowie gleichgestellte Personen, die einen rechtmäßigen Daueraufenthalt in Österreich und ihren Hauptwohnsitz bzw. ihren dauernden Aufenthalt in Niederösterreich haben, können in Niederösterreich Leistungen der Mindestsicherung erhalten.

Wer nur ein Einkommen hat, das den Betrag von 773,26 Euro nicht erreicht, die/der kann zusätzlich Anspruch auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung erhalten. Für Ehepaare und Lebensgemeinschaften gilt ein Betrag von 1.159,90 Euro. Dieser Betrag erhöht sich in Niederösterreich für jedes Kind im gemeinsamen Haushalt um den Betrag von 177,85 Euro (gilt für 2012). In diesen Beträgen ist ein Anteil für Wohnkosten in der Höhe von 25 Prozent enthalten.

Voraussetzung ist, dass keine weiteren Einkünfte oder Unterhaltsansprüche bestehen und kein Vermögen über 3.866,30 Euro vorhanden ist. Ausnahmen sind: Immobilien zur Deckung des Wohnbedarfs, Hausrat, ein KFZ, das aus beruflichen bzw. infrastrukturellen Gründen erforderlich ist sowie Gegenstände zur Erwerbsausübung.

Die Formulare liegen beim Arbeitsmarktservice auf, der Antrag auf Mindestsicherung kann direkt beim AMS, der Bezirkshauptmannschaft oder der Gemeinde gestellt werden.

## Anhang: Die Höhe des Arbeitslosengeldes

### Richtwerte und Tabellen

| EINKOMMEN<br>brutto mtl. | 60%   |        | 80%   |        |
|--------------------------|-------|--------|-------|--------|
|                          | tgl.  | mtl.   | tgl.  | mtl.   |
| EUR                      | EUR   | EUR    | EUR   | EUR    |
| 400,00                   | 7,55  | 226,50 | 10,07 | 302,10 |
| 450,00                   | 8,50  | 255,00 | 11,33 | 339,90 |
| 500,00                   | 9,44  | 283,20 | 12,58 | 377,40 |
| 550,00                   | 10,39 | 311,20 | 13,85 | 415,50 |
| 600,00                   | 11,33 | 339,90 | 15,10 | 453,00 |
| 650,00                   | 12,28 | 368,40 | 16,37 | 491,10 |
| 700,00                   | 13,22 | 396,60 | 17,62 | 528,60 |
| 750,00                   | 14,17 | 425,10 | 18,89 | 566,70 |
| 800,00                   | 15,11 | 453,30 | 20,14 | 604,20 |
| 850,00                   | 16,05 | 481,50 | 21,40 | 642,00 |
| 900,00                   | 17,00 | 510,00 | 22,66 | 679,80 |
| 950,00                   | 17,94 | 538,20 | 23,92 | 717,60 |
| 1.000,00                 | 18,89 | 566,70 | 25,18 | 755,40 |
| 1.050,00                 | 19,72 | 591,60 | 26,30 | 789,00 |
| 1.100,00                 | 20,65 | 619,50 | 27,16 | 814,80 |
| 1.150,00                 | 21,59 | 647,70 | 27,16 | 814,80 |
| 1.200,00                 | 22,53 | 675,90 | 27,16 | 814,80 |
| 1.250,00                 | 23,37 | 701,10 | 27,16 | 814,80 |
| 1.300,00                 | 24,01 | 720,30 | 27,16 | 814,80 |
| 1.350,00                 | 24,65 | 739,50 | 27,16 | 814,80 |
| 1.400,00                 | 25,30 | 759,00 | 27,16 | 814,80 |
| 1.450,00                 | 25,94 | 778,20 | 27,16 | 814,80 |
| 1.500,00                 | 26,58 | 797,40 | 27,16 | 814,80 |
| 1.550,00                 | 27,16 | 814,80 | 27,16 | 814,80 |
| 1.600,00                 | 27,16 | 814,80 | 27,16 | 814,80 |
| 1.650,00                 | 27,16 | 814,80 | 27,16 | 814,80 |
| 1.700,00                 | 27,16 | 814,80 | 27,69 | 830,70 |

| EINKOMMEN<br>brutto mtl. | 55%   |          |
|--------------------------|-------|----------|
|                          | tgl.  | mtl.     |
| EUR                      | EUR   | EUR      |
| 1.750,00                 | 27,30 | 819,00   |
| 1.800,00                 | 27,89 | 836,70   |
| 1.850,00                 | 28,48 | 854,40   |
| 1.900,00                 | 29,07 | 872,10   |
| 1.950,00                 | 29,66 | 889,80   |
| 2.000,00                 | 30,24 | 907,20   |
| 2.050,00                 | 30,83 | 924,90   |
| 2.100,00                 | 31,42 | 942,60   |
| 2.150,00                 | 32,00 | 960,00   |
| 2.200,00                 | 32,59 | 977,70   |
| 2.250,00                 | 33,18 | 995,40   |
| 2.300,00                 | 33,77 | 1.013,10 |
| 2.350,00                 | 34,36 | 1.030,80 |
| 2.400,00                 | 34,95 | 1.048,50 |
| 2.450,00                 | 35,53 | 1.065,90 |
| 2.500,00                 | 36,12 | 1.083,60 |
| 2.550,00                 | 36,71 | 1.101,30 |
| 2.600,00                 | 37,26 | 1.117,80 |
| 2.650,00                 | 37,80 | 1.134,00 |
| 2.700,00                 | 38,34 | 1.150,20 |
| 2.750,00                 | 38,87 | 1.166,10 |
| 2.800,00                 | 39,41 | 1.182,30 |
| 2.850,00                 | 39,95 | 1.198,50 |
| 2.900,00                 | 40,49 | 1.214,70 |
| 2.950,00                 | 41,02 | 1.230,60 |
| 3.000,00                 | 41,56 | 1.246,80 |
| 3.050,00                 | 42,10 | 1.263,00 |
| 3.100,00                 | 42,64 | 1.279,20 |
| 3.150,00                 | 43,18 | 1.295,40 |
| 3.200,00                 | 43,71 | 1.311,30 |
| 3.250,00                 | 44,26 | 1.327,80 |
| 3.300,00                 | 44,80 | 1.344,00 |
| 3.350,00                 | 45,33 | 1.359,90 |
| 3.400,00                 | 45,87 | 1.376,10 |
| 3.450,00                 | 46,36 | 1.390,80 |

# Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich

➤ **SERVICENUMMER** ..... **05 7171**  
oder 01 58883-0

➤ **ÖFFNUNGSZEITEN**  
Mo bis Do 8 bis 16 Uhr, Fr 8 bis 12 Uhr

➤ **BEZIRKSSTELLEN**

|  |         |
|--|---------|
| 3300 Amstetten, Wiener Straße 55.....        | DW 5150 |
| 2500 Baden, Elisabethstraße 38.....          | DW 5250 |
| 2230 Gänserndorf, Wiener Straße 7 a.....     | DW 5350 |
| 3950 Gmünd, Weitraer Straße 19.....          | DW 5450 |
| 2410 Hainburg, Oppitzgasse 1.....            | DW 5650 |
| 2020 Hollabrunn, Brunnthalgasse 30.....      | DW 5750 |
| 3580 Horn, Spitalgasse 25.....               | DW 5850 |
| 2100 Korneuburg, Gärtnergasse 1.....         | DW 5950 |
| 3500 Krems, Wiener Straße 24.....            | DW 6050 |
| 3180 Lilienfeld, Pyrkerstraße 3.....         | DW 6150 |
| 3390 Melk, Hummelstraße 1.....               | DW 6250 |
| 2130 Mistelbach, Josef-Dunkl-Straße 2.....   | DW 6350 |
| 2340 Mödling, Franz-Skribany-Gasse 6.....    | DW 6450 |
| 2620 Neunkirchen, Würflacher Straße 1.....   | DW 6750 |
| 3100 St.Pölten, Gewerkschaftsplatz 2.....    | DW 7150 |
| 3270 Scheibbs, Bürgerhofstraße 5.....        | DW 6850 |
| 2320 Schwechat, Sendnergasse 7.....          | DW 6950 |
| 3430 Tulln, Rudolf-Buchinger-Str. 27-29..... | DW 7250 |
| 3830 Waidhofen/Thaya, Thayastraße 5.....     | DW 7350 |
| 2700 Wr. Neustadt, Babenbergerring 9b.....   | DW 7450 |
| 3910 Zwettl, Gerungser Straße 31.....        | DW 7550 |

➤ **SERVICESTELLEN**

|   |         |
|---|---------|
| Shopping City Süd, 2334 Vösendorf, SCS Bürocenter B1/1A.....                                | DW 7050 |
| Flughafen-Wien, 1300 Wien, Eingangsbereich Parkhaus 3<br>Ebene 0, Objekt 105 i, BW 124..... | DW 7950 |

➤ **ZENTRALE**

|                                  |         |
|----------------------------------|---------|
| 1060 Wien, Windmühlgasse 28..... | DW 1110 |
| Arbeits- und Sozialrecht.....    | DW 1717 |

➤ **noe.arbeiterkammer.at**

➤ Österreichischer Gewerkschaftsbund,  
Landesorganisation Niederösterreich, 1060 Wien,  
Windmühlgasse 28 Tel: 01 5862154

**IMPRESSUM:**

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich  
1060 Wien, Windmühlgasse 28, Tel. 01 58883-0. Titelbild: fotolia  
Hersteller: digitaldruck.at, Ared Straße 7, 2544 Leobersdorf

Stand: 2012

**AKNÖ**